

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

1/95

Januar 1995

36000 "unerwünschte Ausländer" abgeschoben,
3500 ständig in Abschiebehaft!!

Der mörderische Terror der Abschiebehaft und der Abschiebungen!

Abschiebehaft des deutschen Staates, das ist in dreifacher Hinsicht mörderischer Terror. Erstens schwebt das Damoklesschwert der Abschiebehaft und der Abschiebung über einem großen Teil der in Deutschland lebenden sogenannten "Ausländer", schüchtert ein und erzeugt keinesfalls unberechtigte Angst vor diesem Staat. Zweitens ist die besondere Situation in der Abschiebehaft noch unmenschlicher als die Situation in sonstigen bundesrepublikanischen Gefängnissen. Drittens aber, und das ist der entscheidende Punkt, bedeutet die Abschiebung von Häftlingen in andere zutiefst undemokratische Staaten nicht selten die gezielte und geplante Abschiebung direkt ins Gefängnis dieser Staaten, bedeutet Folter, ja Mord!

Durch den Aufstand algerischer Häftlinge vor einigen Monaten wurde zum ersten Mal einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland bewußt, daß seit 1992 systematisch eigene Gefängnisse mit ca. 3500 Plätzen geschaffen worden sind, die nur einen Zweck haben: Menschen zur Abschiebung "bereit zu halten", also Menschen zu inhaftieren, deren Abschiebung beschlossen worden ist. 10 mal im Jahr wird "umgeschlagen", heißt es im zynischen "Abschiebedutsch", also ca. 35 000 Menschen sind es, die in einem Jahr abgeschoben worden sind, und nach Planung des Bundesinnenministeriums und der Ausländerbehörde auch 1995 "mindestens" abgeschoben werden sollen.

Die Alltäglichkeit der Abschiebung, und der "Gewöhnungseffekt"

Seit vielen Jahren schon werden tausende von Asylsuchenden, deren Anträge abgelehnt werden, von den Ausländerbehörden verhaftet und abgeschoben. Gab es - etwa nach der Selbsttötung von Kemal Altun, der 1983 aus dem Fenster eines Gerichtsaales aus Verzweiflung und Protest gegen die mörderische Abschiebung in die Türkei sprang - noch mehr oder minder Reaktionen, Demonstrationen und Aktionen in der Öffentlichkeit gegen Abschiebungen, so ist heute ein erschreckender "Gewöhnungseffekt" festzustellen.

Die Liste der bekanntgewordenen Selbsttötungen von Abschiebehäftlingen ist lang - und doch

ist die massive Aufklärung über Ursachen, Umstände und Folgen der Abschiebungen, vor allem aber der aktive Kampf gegen diese Abschiebungen nicht im Mittelpunkt des Interesses der wirklich demokratischen, sich selbst revolutionär verstehenden Linken. Das muß sich ändern und es ist gerade auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich das ändert.

Der mörderische Terror der Abschiebehaft ist ein wichtiges Einschüchterungsmittel

Die Tatsache, daß zehntausende von Menschen Jahr für Jahr vom Polizeiapparat verhaftet, inhaftiert und abgeschoben werden, trifft in erster Linie die Abgeschiedenen. Monatelang im Gefängnis ohne den Funken einer Schuld, mit der Aussicht auf weitere Inhaftierung in ihren Heimatländern, oft genug der rassistischen und nationalistischen Schikane des Bewachungspersonals ausgesetzt, sind sie die unmittelbar Betroffenen des oft genug mörderischen Abschiebetersors.

Doch es entspricht der Tradition der in Deutschland herrschenden Klasse, des deutschen Imperialismus, ganz bewußt mit mörderischem Terror gegen eine bestimmte Gruppe insgesamt eine Atmosphäre der Einschüterung und der Verbreitung von Angst zu schüren. So ist es auch bei diesem Abschiebeteror: Er dient mittelbar auch dazu, allen "Nichtdeutschen" die Macht des Staates vorzuerzielen.

Solidarität mit dem Antifaschisten Nino!

Kurz nach Erscheinen unseres Flugblattes "Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt" wurde in Riesa in der Nähe von Dresden ein 17-jähriger Jugendlicher mit seiner Freundin von Nazi-Skins überfallen und schwer verletzt. Es gelang ihm, in Notwehr sein Leben und das seiner Freundin zu retten, weil er sich mit einem Messer verteidigte. In dem Aufruf zu einer Solidaritätsdemonstration für Nino in Großenhain (bei Riesa) am 28.1.95 heißt es:

"In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 1995 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen 10 Faschisten und dem Antifaschisten Nino und seiner Freundin vor dem Lokal 'Grillbar' in Riesa. Als die beiden die Gaststätte verlassen wollten, wurden sie angegriffen. Nino wehrte sich, dabei wurde einer der angreifenden Neonazis tödlich verletzt. Nino erlitt einen Schädelbasisbruch und innere Verletzungen. Daß Nino noch lebt, hat er seinem schnellen Handeln zu verdanken. Erst im November 1994 wurde Michael aus Zittau von einem Neonazi auf offener Straße erstochen."

Diese Ereignisse stehen nur als Beispiele für den unverminderten Straßenterror von Faschisten in Ostsachsen. Polizei und Justiz warten seit 1992 mit immerwährenden Erfolgsmeldungen gegen die organisierte rechtsextreme Szene auf. In Wirklichkeit dienen staatlich geförderte Jugendclubs als Sammelpunkte für organisierte Neonazis und werden bewußt geduldet. Antifaschistischer Widerstand hingegen wird kriminalisiert."

Es gilt die Solidarität mit Nino zu organisieren, um so mehr, da bei seiner Gegenwehr ein Nazi tot liegen blieb, und Presse und Nazis massive Drohungen gegen ihn ausgestoßen haben. Solidaritätsadressen, aber auch Geld können geschickt werden an:

Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzerstr. 4
60327 Frankfurt/Main

K. Klimkeit, Konto Nr.: 56 80 45-
601, Postbank Frankfurt/Main
Bankleitzahl: 500 100 60
Stichwort: Solidarität mit Nino



In jeder physikalischen Ausgabenförderung und Buchladen geht es um Leben und Tod. Wer das bestreitet, liegt.

Der Organisator der Nazi-Morde
Kaindl wird nicht der Letzte sein,
der auf der Straße liegenbleibt!

Bei der gemeinsamen Abschaffung und Platzierung geht es um Leben und Tod. Wer das bestreitet, liegt.

Der Organisator der Nazi-Morde
Kaindl wird nicht der Letzte sein,
der auf der Straße liegenbleibt!

Zur Revolte von 40 Abschiebehäftlingen in Kassel am 29. Juli 1994

Die Antwort des Staates: Systematische Mißhandlungen, Massenverschleppungen von mindestens 50 Gefangenen

Zur Vorgeschichte

Am 29.7.1994 begann im Abschiebegefängnis "Elwe" in Kassel eine Revolte von ca. 40 Abschiebehäftlingen, die meisten aus Algerien, die zum Teil schon 15 Monate auf ihre Abschiebung warteten. "Haftgründe" sind zumeist bei ihnen Dinge, die nur Menschen "begehen" können, die keinen deutschen Paß haben: Flucht in die BRD, keine gültigen Papiere etc.

Ein Schließer wurde als Geisel genommen. "Bewaffnet" waren die Revoltierenden lediglich mit einigen Taschenmessern. Sie forderten einen Bus und freies Geleit nach Frankreich.

Nach 24 Stunden war die Revolte beendet mit Hilfe von Spezialeinheiten des SEK, der GSG 9, einem Wasserwerfer sowie einem Großaufgebot von Bereitschaftspolizei.

Rachefeldzug nach der Niederschlagung

Unmittelbar nach der Niederschlagung beginnt der Rachefeldzug des Staates. Augenzeugen berichten, daß noch um 10.30 Uhr SEK-Einheiten das Gefängnis stürmen und Schüsse zu hören sind, die vermutlich von Tränengasgranaten stammen, die bereits während der Revolte reichlich verschossen wurden waren.

Anwohner/innen des ehemaligen **Gestapo-Gebäudes**, das heute sinnigerweise die Polizei in Kassel benutzt, berichteten, daß im Laufe des Vormittags mehrere Gefangenentransporter dort hineinfuhren. **Zwischen 14.30**

Indirekt wird so auch den Menschen mit deutschem Paß signalisiert, welchen Wert dieser doch hat: alle anderen Menschen sind "zweiter Klasse", kurz - es wird gleichzeitig die Politik der Schürgen nationaldeutscher Überheblichkeit betrieben.

Die Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus fordert direkt die Inhaftierung der Abgeschobenen in deren Heimatländern

Die Medienarbeit des deutschen Imperialismus in der Frage der Abschiebungen ist mehrgleisig:

Neben einer Linie der weitgehenden Vertuschung der genauen Umstände der Abschiebungen wird gleichzeitig die Anzahl der Abschiebungen als "großer Erfolg deutscher Planung" gefeiert und eine noch weitere Ausdehnung der Abschiebungen gefordert. Von ganz besonderer Bedeutung ist dabei, daß bei manchen Veröffentlichungen sehr deutlich "bedauert" wird, daß abgeschobene Häftlinge wieder "illegal einreisen", weil sie in den Heimatländern nicht direkt weiter in Haft genommen werden. Hier wird deutlich, daß es im wesentlichen Interesse der Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus ist, eben mit den Innenministern und Polizeibehörden anderer Länder zu "kooperieren", damit dort die Abgeschobenen möglichst sofort inhaftiert werden. Es versteht sich, daß dies insbesondere für die demokratisch und revolutionär handelnden "Abschiebehäftlinge" organisiert wird.

und 15.00 Uhr waren Schmerzensschreie und Stöhnen aus dem Innenhof der Polizei Kassel zu hören. Später fuhren drei Krankenwagen hinein.

Laut Berichten von Gefangenen, die in der Hessenschau vom 15.12.94 zum Teil öffentlich gemacht wurden, eskalierte der staatliche Unterdrückungsapparat seine Unterdrückung in den darauffolgenden Wochen und Monaten auf eine neue Stufe.



Ein Häftling wird von der GSG 9 nach der brutalen Niederschlagung der Revolte abgeführt

Unsere Aufgaben

Es war, ist und bleibt unsere Aufgabe, anhand der Abschiebepraxis dieses Staates die Aufklärung über den mörderischen Charakter dieses Staates voranzutreiben, der nichts verdient außer zerschlagen zu werden.

Abschiebungen in Staaten, die politische Häftlinge foltern und morden, ist ein staatlich sanktionierte Verbrechen.

Daß mehr oder minder deutlich Regierung und "Opposition" einheitlich die "Erfolge" bei der Abschiebung feiern, zeigt, daß sie moralisch auf dem Niveau von Mörfern und Folterern stehen. Es zeigt, daß die "demokratischen" Phrasen nur leere Worte, Schall und Rauch sind, daß der deutsche Staatsapparat in Wirklichkeit ein gut organisiertes Organ des deutschen Imperialismus ist, der vor Mord und Folter zur Sicherung seiner Interessen noch nie zurückgeschreckt ist.

Unsere unmittelbare Aufgabe über die Aufklärung hinaus ist es, wo es geht "Sand in Getriebe" zu streuen, durch praktische Aktionen, Akte der unmittelbaren Solidarität. Insbesondere dort, wo Abschiebung direkt und eindeutig mit Folter und Mord zusammenhängt, gilt es Abschiebehäftlinge der Mordmaschinerie zu entreißen, im engeren und weiteren Umkreis Menschen in solche Aktionen einzubziehen und zu unterstützen.

Diese unmittelbare demokratische Selbstverständlichkeit ist heute keine Selbstverständlichkeit.

In einem uns zugesandten Bericht des Gefangenen M.P. steht dazu:

"Dab Gefangene in Kassel geschlagen werden, ist 'normal' - dabei wird auch schon mal gestorben. Die neue Qualität, wie sie sich im vorliegenden Fall darstellt (gemeint ist nach der Niederschlagung der Revolte in Kassel, A.d.V.) ist darin zu sehen, daß eine ganze Gruppe von Gefangenen über mehrere Tage hinweg mehr oder weniger systematisch mißhandelt wurde!"

In einem Brief desselben Gefangenen an das Hessische Justizministerium, den er uns als Kopie zuschickte, heißt es weiter:

"Vielleicht wäre es angebracht, die Ministerin zumindest dann zu informieren, wenn Vorwürfe im Raum stehen, die man vulgo Folter nennt?"

"In Nacht- und Nebelaktionen wurden mindestens 50 Gefangene aus der JVA Kassel I in andere JVAs des Landes Hessen verschleppt - bis heute hält man Ihnen Ihren kargen Besitz vor!

Man hat das Gerücht gestreut, es gäbe eine Waffe in der JVA, und hatte dieses Gerücht dann zum Anlaß für die Verlegungen genommen. Gleichzeitig sollen die Zellen von über 100 Gefangenen verwüstet worden sein. Der Verdacht, dieser Terror diene alleine dem Zweck, die potentiellen Zeugen einzuschüchtern, die ob der systematischen Mißhandlungen unruhig geworden waren, drängt sich da natürlich um so mehr auf, als immer in solchen Situationen das Gerücht von einer Waffe in die Welt gesetzt wird."

keit. Solange hier keine Fortschritte erzielt werden ist an eine wirklich proletarisch-internationalistische revolutionäre Bewegung in breiterem Umfang so oder so nicht einmal zu denken.

☆ ☆ ☆

Unsere grundlegende Position zu der Frage der Abschiebungen ergibt sich aus unserer Haltung zum Asylrecht. Im Entwurf der Resolution "Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus" für die 2. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung" heißt es dazu:

Politisches Asylrecht für die von Imperialismus und Reaktion Verfolgten!

Der westdeutsche Imperialismus war seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 zum staatlichen Unterschlupf für Nazi-Verbrecher auch aus anderen Ländern geworden, die von ihren Völkern zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Heute versuchen die Folter-Offiziere aus Chile, Faschisten aus den Philippinen, Diktatoren, die von ihren Völkern gestürzt wurden, gerade auch in Deutschland unter Berufung auf das "Asylrecht" Unterschlupf zu bekommen. Schon vor 200 Jahren beschloß die bürgerliche Französische Revolution, das Asylrecht bewußt einzuführen, nämlich für die von Tyrannen Verfolgten und nicht für die Henkersknechte.